

**Postulat Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Monika Hächler, GB):
Wahlssystem der Stadt Bern - Alternativen müssen geprüft werden!**

Sowohl die Stadtrats- und wie auch die Gemeinderatssitze in der Stadt Bern werden im Proporzsystem gewählt und nach der Methode Hagenbach-Bischoff verteilt. Das heisst konkret, dass die StimmbürgerInnen zwischen Listen von Kandidierenden entscheiden können und anschliessend werden die Sitze gemäss den jeweiligen Stimmenanteilen der Listen verteilt. Jene Stimmenanteile der Listen, welche nicht mehr für einen ganzen Sitz reichen, bilden zusammen die so genannten Restmandate. Deren Verteilung wird wiederum mithilfe der Methode Hagenbach-Bischoff berechnet. Nun ist die Berechnungsmethode Hagenbach-Bischoff so ausgelegt, dass Restmandate mit grösster Wahrscheinlichkeit den grösseren Parteien zugeteilt werden. Folglich führt dieses Verfahren zu einer Begünstigung von grossen Parteien, kleine Parteien hingegen werden benachteiligt. In diesem Zusammenhang kommt es zudem zu einer Verzerrung des Wahlverhaltens der StimmbürgerInnen die Sitzverteilung widerspiegelt die Stimmenanteile nur unvollständig aufgrund der Verteilung der Restmandate zugunsten der grossen Parteien. Damit werden die mit der Proporzwahl verbundenen Absichten - korrekte Abbildung des Wahlverhaltens der StimmbürgerInnen, gleiche Gewichtung jeder einzelnen abgegebenen Stimme und politische Mitwirkung auch der kleinen Parteien - zunichte gemacht. Dieser Umstand ist insbesondere vor dem Hintergrund der Schweizerischen Konkordanz und der direkten Demokratie aus demokratischer Sicht problematisch. Dies ist auch der Grund dafür, dass in den letzten Jahren in mehreren Schweizer Kantonen und Gemeinden das Wahlssystem geändert wurde - so zum Beispiel in den Kantonen Zürich, Schaffhausen und Aargau und den Städten Zürich und Winterthur.

Auch für die Stadt Bern wäre ein alternatives Wahlssystem denkbar. Aus diesem Grund fordern die Unterzeichnenden den Gemeinderat dazu auf,

1. eine Aufstellung möglicher alternativer Wahlsysteme - sowohl für den Gemeinderat wie auch für den Stadtrat - im Sinne einer Auslegeordnung zu erarbeiten. Dabei soll die Aufstellung unter anderem folgende Punkte beinhalten:
 - Art des Verfahrens
 - Beispielstädte/-kantone etc., welche das Wahlssystem bereits anwenden
 - Vor- und Nachteile der Wahlsysteme (für die Stadt Bern)
2. zu prüfen, wie die Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern oder anderen Berner Gemeinden bei einem allfälligen Wechsel des Wahlsystems aussehen könnte.

Bern, 18. Oktober 2012

Postulat Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Monika Hächler, GB): Christine Michel, Rahel Ruch, Hasim Sancar, Judith Gasser, Aline Trede, Cristina Anliker-Mansour, Esther Oester, Rolf Zbinden, Luzius Theiler, Regula Fischer, Stéphanie Penher

Antwort des Gemeinderats

Aufgrund der im Herbst 2012 in den Medien lancierten und breit geführten Diskussion über das Wahlsystem der Stadt Bern erachtet es der Gemeinderat als richtig und wichtig, die Grundlagen der verschiedenen Berechnungsarten bei der Proporzwahl sowie deren Anwendung in der Praxis zu analysieren und dem Stadtrat und nicht zuletzt den interessierten Wahlberechtigten der Stadt Bern über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Er beantragt daher, Punkt 1 des Postulats zu überweisen.

Punkt 2 des Postulats fordert eine Prüfung, „wie die Zusammenarbeit mit dem Kanton oder anderen Berner Gemeinden bei einem allfälligen Wechsel des Wahlsystems aussehen könnte.“ Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bern, dem Kanton und den Gemeinden ist nach Auffassung des Gemeinderats nicht vom Wahlsystem abhängig. Sie ist Aufgabe der gewählten Organe, unabhängig von deren Zusammensetzung. Überdies würde ein Wechsel bei der Berechnungsart des Proporztes allenfalls zu einer Verschiebung bei der Verteilung der Restmandate führen, jedoch keine weiteren Auswirkungen haben. Gemessen an der Gesamtheit von Änderungen, die jeweils mit Neuwahlen einhergehen können, wäre ein Wechsel des Wahlsystems im Sinne dieses Postulats jedenfalls kein für die regionale und kantonale Zusammenarbeit relevanter Faktor. Der Gemeinderat beantragt daher, Punkt 2 des Postulats abzulehnen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 erheblich zu erklären und Punkt 2 abzulehnen.

Bern, 3. April 2013

Der Gemeinderat